

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementpreis: Vierteljährlich bei den Ausstreichern 1,50 Mk., in den Ausgabestellen 1,80 Mk., beim Postbezug 1,50 Mk., mit Bestellgeld 1,80 Mk. Die einzelnen Nummern werden mit 15 Pf. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr geöffnet. — Druck und Abdruck der Redaktion abends von 6^{1/2} bis 7 Uhr. — Telefonruf 374.

Insertionsgebühr: Für die 5 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für Private in Merseburg und Umgegend 10 Pf., für periodische und größere Anzeigen entsprechend. — Ermäßigung komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet. — Notizen und Meldungen außerhalb des Vaterlandsteils 40 Pf. — Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen. — Telefonruf 274.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Sozial-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 158.

Sonnabend, den 9. Juli 1910.

150. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Gemäß § 39 Nr. 1 der Katasteranweisung vom 21. Februar 1896 dürfen die von den Grundbesitzern betragenen Vermessungsgebühren nur dann zur Befreiung des Grundsteuerlatosers verwendet werden, wenn sie auf Grund einer von einem öffentlich bestellten Vermessungsamt ausgeführten öffentlichen Vermessung hergeleitet sind. Merseburg, den 2. Juli 1910.

Der königliche Landrat.

W a n g o l d,
Regierungs- u. Assessor.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten Montag, den 11. Juli 1910, abends 6 Uhr.

1. Einführung und Verpflichtung der neu gewählten Stadtverordneten.
2. Einführung und Verpflichtung des Stadtrats Dr. Hauswald.
3. Beteiligung der Stadt Merseburg an der Preussischen Eiser-Saale-Kanal-Gesellschaft durch Zeichnung von Anteilen à M. 500.—
4. a. Veränderung der Gebühren-Ordnung für das städtische Krankenhaus.
b. Beschaffung von Möbeln, Betten und Wäsche für das städt. Krankenhaus.
c. Bauliche Veränderungen im städtischen Krankenhaus.
5. Reparaturen im Knaben-Schulgebäude.
6. Herstellung einer Kanalstrecke in der neuen Straße A.
7. Aufstellung von drei Straßenlaternen an der weißen Mauer.
8. Genehmigung eines Zuschlages zu den Kosten für die Kanalisation des Bürgergartengrundstückes an die Firma Gebr. Graul.

9. Bewilligung eines jährlichen Zuschusses an den Vaterländischen Frauenverein für die geplante Säuglings-Heilfürsorge-Stelle.

Geheime Sitzung.

Merseburg, den 6. Juli 1910. (1563)
Der Stadtverordnetenvorsteher.
J. B.: G r e m p l e r.

Bekanntmachung.

In Sachen des Kaufmanns **Sarony Sonnenfeld in Nordhausen**, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Frohnhäuser dafelst, gegen den Oberkellner P. Heremann, z. B. unbekanntem Aufenthalts, ist neuer Verhandlungstermin anberaumt auf den **28. Oktober 1910, vormittags 9 Uhr.** Merseburg, den 29. Juni 1910.
Clausius, Aktuar. (1561)
Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Der abgeänderte Fluchtlinien- und Bauansatzplan für das Gelände zwischen der Falkenstraße und der Straße nach Steiners Berg wird, nachdem die königliche Eisenbahndirektion Halle a. S. ihren Einspruch zurückgezogen hat, nunmehr gemäß § 8 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 förmlich festgestellt. Er liegt vom **9. Juli** ab im Magistratsbureau während der Dienststunden zu Jedermanns Einsicht aus.
Merseburg, den 2. Juli 1910.
Der Magistrat. (1550)

Eine neue Wahlrechtsvorlage für Preußen in Sicht.

Merseburg, 8. Juli.
Bereits vor wenigen Tagen, in Nr. 155 des Blts., konnten wir eine offizielle Ausfertigung mitteilen, wonach eine neue Wahlrechtsvorlage, wenigstens von fern, angedeutet

wurde. Die offiziellen „Berl. Polit. Nachr.“ sind wegen dieser Ausfertigung von der agrarischen „Deutschen Tageszeitg.“ angegriffen worden und halten es für angelegt, diesem Blatte gegenüber so schweres Geschütz aufzuführen, daß jeder Zweifel darüber als ausgeschlossen gelten muß, daß wir eine neue Vorlage zu erwarten haben.

Es ist der Wille Seiner Majestät, daß eine solche Vorlage gemacht wird. So schreiben die „Berl. Polit. Nachr.“

Wörtlich lautet ihr Artikel:
„Die „Deutsche Tageszeitung“ entwirft sich über unsere Ausführungen betreffs der preussischen Wahlrechtsreform. Bei der Stellung dieses Blattes zu der ganzen Frage ist es allerdings erklärlich, daß jede Verklärung derselben ihm unheimlich ist. Wenn, wie es scheint, aber die Mahnung des Blattes an die Regierung, ja die Frage der Wahlrechtsreform nicht zu berühren, von dem Wunsche diktiert ist, ihren Beifried in dem Glauben zu erhalten, daß mit dem Schließen des ersten gesetzgeberischen Verlaufs auf diesem Gebiete die Sache erledigt und völlige Ruhe eingetreten sei, so hiesse das geradezu die unter dem Einflusse des Blattes stehenden Kreise treffen. Es mag daher an der Zeit sein, einer solchen Gegenbildung von vornherein entgegenzutreten. Es wird zu diesem Zwecke, an die Worte zu erinnern, die der Ministerpräsident bei Einführung der Wahlrechtsvorlage vor Abwehr ähnlicher Ausstellungen im Abgeordnetenhause gesprochen hat. Er äußerte sich damals folgendermaßen:

„Aber auch noch einer anderen Vorstellung muß ich von vornherein entgegenreten. Man hat es so dargestellt, als sei es gar nicht die wirkliche Überzeugung der Staatsregierung, daß das Wahlrecht geändert werden soll (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), als habe sie diese Vorlage nur eingebracht, weil sie durch ihren Passus der Thronrede in eine

Zwang- und Notlage verriet worden sei. Man hat zwischen den Worten der Thronrede, und der Überzeugung der Staatsregierung, ja des Königs, einen Widerspruch konstatiert. Meine Herren, daran ist kein Wort wahr. Was die Thronrede anknüpft, ist die Willensmeinung Seiner Majestät des Königs, und für diese Willensmeinung tritt die königliche Staatsregierung geschlossen mit ihrer Verantwortung ein.“

Diese Erklärung des Ministerpräsidenten ist so deutlich und zweifelsfrei, daß jedes weitere Wort darüber überflüssig erscheint.“
Noch eine zweite offizielle Stimme wird laut, welche sich im Prinzip für möglichste Beschleunigung auspricht, eine neue Vorlage noch vor den nächsten Reichstagswahlen einzubringen.

Es ist die „Neue Reichsreform“, welche unter 6. cr. folgendermaßen schreibt:

„Nach Zeitungsmeldungen soll der Zentrumsabgeordnete Schmedding in einer öffentlichen Versammlung zu Minister i. B. geäußert haben, daß ein neuer Entwurf zur preussischen Wahlrechtsreform bereits in der nächsten Session des preussischen Landtages zu erwarten sei. Wenn diese Äußerung als etwas gänzlich Neues und Unerwartetes hingestellt wird, so fehlt es dazu an hinreichenden Gründen. Die Ankündigung einer Wahlrechtsreform in der Thronrede des Jahres 1908 ist so bestimmt gehalten, die Reform ist darin so dringlich bezeichnet, daß die Auffassung, als sei die Wahlrechtsreform durch den Misserfolg der ersten Vorlage endgültig beendet, wohl nur da sich einstellen konnte, wo der Wunsch des Bedankens Vater war. Zum Ueberflus hat auch die „Nordd. Allg. Ztg.“, nachdem die Regierung sich genötigt gesehen hatte, die Teilnahme an der Weiterberatung des Entwurfs abzulehnen, darüber keinen Zweifel gelassen, daß ein zweiter Versuch dem

Die wilde Rose von Kapland.

17) Roman von Geis Preisen.
„Von mir ist dabei nicht die Rede“, erwidert der Dur ernt. „Du gehst allein. Ohne mich!“
„Ohne Dich?“
„Einige Augenblicke steht sie wie erstarrt. Dann lacht sie hell auf.“
„Ohne Dich? ... Fällt mir nicht ein. ... Ich bleibe hier. Behalten Sie Ihre Millionen, mein Herr!“
Und, wie um zu zeigen, daß sie die Sache als erledigt betrachtet, nimmt sie den Raubvogel, den sie vorher adios besetzte gewesen, vom Boden auf und beginnt, sorgsam sein schwarzglänzendes Gefieder zu unterfuchen.
Mister Dickson, der bisher voll ihrer Bewunderung gesehelt, nähert sich jetzt zögernd dem Mädchen!
„Miß Veronika —“
„Ich heiße Rose!“
„Um ... Also — Miß Rose — hören Sie doch —“
„Heißt schüttelt sie seine Hand ab, die sich eindrucklich auf ihren Arm gelegt.“
„Sei vernünftig, Rose!“ mißt sich jetzt Paul dazwischen. „Du mußt gehen!“
„Warum muß ich, wenn ich nicht will?“ erwidert sie heftig, mit dem Fuß aufstampfend. „Weil Du damit Dein Glück verschmerzen würdest.“
„Wah! Ich bin hier glücklich!“
„Unfinn, Rose! Was würde man in London sagen, wenn ich Dich hier besetzte —“

„Ist mir ganz gleichgültig, was man in London sagt!“
„Man würde mich mit Recht für einen Egoisten, einen schlechten Menschen halten. Und deshalb —“
„Deshalb?“
„— mußt Du gehen!“
Rose ist sehr bleich geworden.
„Du fährst mich von Dir? ... Du Paul?“
„Wie ein Angstkrampf entringt es sich ihrer schweratmenden Brust.“
Er wendet sich ab, damit sie nicht das verächtliche Zucken seiner Lippen bemerke.
„Klein, Rose, ich schäme Dich nicht fort“, erwidert er so sanft, wie das Mädchen die tiefe sonore Stimme noch nie vernommen. „Ich bitte Dich nur: Roße Dein Glück nicht von Dir! Ich habe Dich nach bestem Ermessen erzogen. Du wirst in Deiner neuen Heimat bald Freunde finden —“ schüttelte nicht den Kopf, Rose. Es ist sol Geld und Namen öffnen alle Türen. Du sollst uns auch nicht vergessen, Kind — mich und die Jungens.“
„Du wirst uns stets das Feuerblei bleiben, was wir besitzen!“
„Zärtlich legt er den Arm um ihren Nacken und birgt ihr gesenktes Köpfchen an seine breite Brust.“
„Wenn ich aber unglücklich bin, da oben im kalten Norden —“ Rößt sie erregt hervor, und leises Beinen zuckt um ihre Lippen.
„Dann kehrt Du zurück nach Düsseldorf-Goldfeld“, tröstet er, während seine braune Hand beruhigend über das dunkle Bodengegengel streicht.

Mister Dickson hat sich distret abgewandt und ist ans Fenster getreten, fährt aber entsetzt wieder zurück.
Draußen balgen sich gerade Tommy und Jimmy, und es setzt Plüße und Schläge nach Herzenslust, während einige andre „Jungens“ die Zuschauer bilden.
„Ach, hm —“ hilft Mister Dickson indigniert. „Dieser Ort ist wirklich nicht geeignet für eine Millionenerbin.“
Flammen den Auges blickt Rose den kleinen Advokaten an. Schon will sie heftig „w“ ern — aber Paul kommt ihr zuvor.
„Bring Mister Dickson eine Entschuldigung, Rose!“ ruft er abzulenkten. „Ich gehe, die Jungens“ in Kenntnis zu setzen von Deinem Glück.“
Die Balgerei draußen vor der Hütte hat gerade ihren Höhepunkt erreicht, als Pauls tiefe Stimme mit der wunderbaren Melodie dazwischen fährt.
Sofort finden die zum Schläge erhobenen Arme Herab.
Offene Mißänder. Stilles Schweigen.
Dann ein Sturz von Entrüstung.
„Was? ... Rose will er mit sich nehmen? Unsere Rose? ... Schlagt dem alten Kerl den Schädel ein!“
„Wie eine Herde wilder Tiere stürmen die „Jungens“ die Türe.“
„Aus dem Hintergrund des Zimmers tritt Rose hervor.“
„Sie ist sehr bleich. Ihre Augen stehen voll dicker Tränen.“
(Fortsetzung folgt).

Bermischtes.

* **Frankfurt a. D.**, 7. Juli. Bei der gestern tot aufgefundenen Blumenhändlerin Anna Schulte handelt es sich um Selbstmord, nicht um Mord.
* **Bonn**, 7. Juli. Aus Eifer sucht verübte ein junger Mann aus M a n t u a ein juchendes Verbrechen. Er lud seine fünfzig Geschworenen, deren Schwestern und einige andere Bekannte zu einer nachmittäglichen Kaffeezeit ein und ließ unterwegs den Kahn umkippen. Vier Personen ertranken. Der Überlebende rettete sich, wurde aber verhaftet.
* **Königsbrunn**, 6. Juli. Der 29jährige Grundbesitzer Richard Heppner ist von hier entzogen in der vergangenen Nacht seine Geschworenen, die 21jährige Schneiderin Pauline Pud a. S. Der Mörder brachte sich dann ebenfalls einen Schuß in die Schläfe bei, welche ebenfalls seinen Tod herbeiführte.
* **Bonn**, 7. Juli. Infolge anhaltender Regenfälle sind in der Schweiz die Flüsse und Seen von neuem angeschwollen.
* **Berlin**, 7. Juli. Eine Aufsehen erregende Verhaftung, die mit dem Einbruch in der Orsbrunn-Kassette in Nowawes im Zusammenhang steht, wurde gestern von der Potsdamer Kriminalpolizei vorgenommen. Der Buchhalter der Kasanstraße, Graf, wurde wegen Unterschlagung in Haft genommen und in das Potsdamer Gerichtsgefängnis eingeliefert. Nachdem in der Nacht zum 1. Juli der Einbruchdiebstahl verübt worden war, bei welchem den Tätern 7—8000 Mark in die Hände fielen, ließ die Kasernenverwaltung eine Revision vornehmen, die ein überraschendes Resultat ergab. Man stellte fest, daß Graf sich verächtlichst Unterschlagungen hat zu schulden kommen lassen, die er durch falsche Buchungen verdeckte. Er wurde nun wegen Unterschlagungen und Urkundenfälschung in Haft genommen. Die Untersuchung muß ergeben, ob der Beschäftigte, wie vermutet wird, mit dem Einbruchdiebstahl in Verbindung steht. Der obige wird der Vorwurf gemacht, daß Re Graf, welcher er wiederholt verurteilt ist, auf den Beträuerten verweist.

ersten folgen werden und folgen müsse. Im übrigen muß eine einfache Überlegung zu dem Erkenntnis führen, daß die preußische Wahlrechtsreform, da sie einmal in Angriff genommen war und ihre Wichtigkeit angeht, die überlebten Bestimmungen des geltenden Wahlrechts nicht zweifelhaft sein kann, nicht deshalb aufgehoben werden darf, weil der erste Versuch fehlgeschlagen ist. Gerade im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen sollte von allen, die die Gefahren der nächsten Zukunft in ihrer ganzen Größe erkennen, mit größtem Eifer auf Verabschiedung einer für alle bürgerlichen Parteien annehmbaren Wahlrechtsvorlage hingearbeitet werden. Es liegt auf der Hand, daß, wenn das preußische Wahlrecht bis zum Herbst des nächsten Jahres nicht reformiert ist, den oppositionellen und revolutionären Elementen ein Agitationsstoff zur Verfügung steht, mit dem sie sich besser nicht wagen können. Angesichts einer solchen Perspektive würden die staatsbehaltenden Parteien nicht nur der wasserländischen Sache den größten Dienst leisten, sondern auch ihre eigene Stellung im Wahlkampf ungemein verbessern, wenn noch vor dem eigentlichen Beginn des Reichstagswahlkampfes ein preussisches Wahlrecht geschaffen wird, das alle berechtigten Wünsche erfüllt und den wohlverstandenen Interessen des Staates entspricht. Die Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses brauchen nur zu wollen, brauchen sich nur zu williger, rein sachlicher Mitarbeit bereit finden zu lassen, und das neue Wahlrecht, das angekrebt werden muß, kann sehr wohl der Ausgangspunkt werden für eine Politik der Sammlung aller nationalen Elemente. Freilich wird, wenn das Ziel erreicht werden soll, jede Partei Konzeptionen machen müssen und sich nicht auf Parteibezugnisse verlassen dürfen. Jedenfalls wäre so die Möglichkeit gegeben, der Sozialdemokratie den Wind aus dem Segel zu nehmen und sie dem Lande gegenüber als das hinzuzufügen, was notwendig ist: eine Partei, die ausschließlich vom Habet und Unfrieden lebt, die jede Verantwortlichkeit anderer als sozialistischer Interessen strupplos ablehnt und damit die Grundlage zu zerstören sucht, auf der alle diejenigen Bevölkerungskreise im Deutschen Reich, denen das Wohl und die Größe des Vaterlandes am Herzen liegt, zu friedlichem Nebeneinander sich zusammenfinden müssen.“

Partei wegen Stellung genommen und die Frage der Wählbarkeit mit der Sozialdemokratie glatt verneint wird.

Das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, die „Natlib. Revue“, bringt diesbezüglich folgenden Artikel:

„Es gibt noch immer einige Illusionen in den Köpfen, die die Einigung des Liberalismus in eine greifbare Nähe gerückt sehen, denen die Notwendigkeit einer solchen Einigung im Gefühl liegt und die aus dieser Gefühlseinstimmung heraus den Blick leicht weichen für die richtige Einschätzung der praktischen Schwierigkeiten, die einer solchen Einigung entgegenstehen, ja, sie für jeden nächsten denkenden Politiker unmöglich machen. Die sachlichen Gegensätze, die früher in voller Schärfe zwischen Nationalliberalen und Freikämpfern bestanden hatten, erluben in der Vorperiode eine starke Abschwächung. Seitdem beginnen sie allmählich wieder zu härter geltend zu machen. Sie haben besonders auf einem Gebiete sich verschärft, das immer mehr ausschlaggebend wird für das Verhältnis der Parteien zueinander. Das ist die Frage der Beziehungen zur Sozialdemokratie. Wir sehen hier in den Reihen der fortschrittlichen Volkspartei die Neigung wachsen, die Sozialdemokratie für bündnisfähig zu erklären, um so den Block der Linken, einschließend der Sozialdemokratie, dem Block der Rechten gegenüberzustellen. Eine solche Politik kann für die Nationalliberalen nicht in Frage kommen. Die Reichstagsabgeordneten Weber und Fuchsman haben erst dieser Tage in zwei vielbeachteten Artikeln auseinandergesetzt, daß in dieser Frage des Bündnisses zur Sozialdemokratie unüberbrückbare Gegensätze zwischen Nationalliberalen und Freikämpfern bestanden. Diese Gegensätze sind hier und auf manchen anderen Gebieten vorhanden. Sie sind genügend groß, um den Gedanken einer Einigung als unerfüllbar erkennen zu lassen.“

schrittlicher Seite lebhafteste Bedenken erhoben. Der Absatz lautet:

„Kein Arzt darf wegen Verletzung der ärztlichen Standesregeln oder der ärztlichen Standespflichten aus dem Grunde verfolgt werden, weil er mit Krankenfällen Verträge unter Bedingungen abgeschlossen hat, die denen der Grundzüge entsprechen. Aus Vereinigungen und Verabredungen, die den Abschluß von Verträgen auf der Unterlage der Grundzüge verbieten, findet weder Klage noch Einrede statt.“

Ein fortschrittlicher Redner bezeichnete diesen Absatz als Ausnahmebestimmung gegen die Ärzte. Wenn sich ein Arzt ehrenwörtlich verpflichtet habe, seine Sonderverträge mit Kranken abzugeben, und wenn er dann sein Ehrenwort breche, dann müsse er doch vom Ehrengericht zur Verantwortung gezogen werden. Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte, daß ein solches Ehrenwort gegen die guten Sitten verstoße.

Der fortschrittliche Redner gab darauf der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft für das Offizierkorps Bestimmungen getroffen werden, daß ein Offizier nicht ehrenrührig zum Duell gezwungen werden darf, da das Duell strafrechtlich verfolgt wird, ein Zwang zum Duell also gegen die guten Sitten verstoße. Ein konservativer Redner stellte fest, daß die Konventionen den Forderungen der Ärzte nur darum so entgegengetreten, weil diese jetzt einen Exorzismus ausüben, wie er kaum härter von irgend einer Seite ausgedrückt worden ist.

Schließlich wurde § 383 im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen, und zwar der am meisten umfrittliche dritte Absatz gegen die Stimmen der fortschrittlichen Volkspartei, der Polen und eines Nationalliberalen.

* **Verichtsferten.** Am 15. Juli beginnt wieder die Verichtsferten und wiederum tritt für zwei Monate ein gewisser Stillstand der Rechtsprechung ein. Da durch die mit dem 1. April d. J. in Kraft getretene Novelle zur Zivilprozessordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz die gesetzlichen Bestimmungen über die Verichtsferten wesentlichen Änderungen, und zwar Verbesserungen unterworfen worden sind, so erscheint es notwendig, diese neuen Bestimmungen angeht ihrer großen Wichtigkeit für weiteste Volksteile einer kurzen Besprechung zu unterziehen. — Von wesentlicher Bedeutung ist da zunächst, daß die Verichtsferten für Prozesse vor den Amtsgerichten — seit 1. April d. J. bekanntlich alle Streitobjekte bis zu 600 M. (d. i. faktisch die Mehrzahl aller Prozesse überhaupt) — eigentlich befristet erschienen. Denn das Amtsgericht hat jortan auf Antrag ohne weiteres alle Sachen als **Frienfachen** zu bezeichnen. Freilich verleiht diese Bestimmung etwas an Wert, weil nämlich ein solcher Beschluß wieder aufgehoben ist, wenn in einem Termine der Gegner erscheint und den betreffenden Anspruch bestrittet und der Richter dann die Überzeugung erlangt, daß die Sache „besondere Vereinfachung nicht bedürft“. Aber dieser Nachteil erscheint nicht so erheblich gegenüber der Tatsache, daß Veräurteilungs- und Anerkenntnisurteile nunmehr auch während der Ferien bei den Amtsgerichten unbeschränkt erlassen werden können, was bisher nicht möglich war, weil das Gericht nur solche Sachen zu **Frienfachen** erklärte, die nach seiner Überzeugung auch wirklich besonderer Vereinfachung bedürftig.

* **Schiffungslaufbahn in der Kaiserlichen Marine.** Im Hinblick auf den Ende dieses Monats stattfindenden Wechsels für die Schiffungslaufbahn in der Kaiserlichen Marine sei nochmals darauf hingewiesen, daß junge Leute, die zu dem jährlichen Einstellungstermin — Anfang Oktober — nicht jünger sind als 15, auch nicht älter als 18 Jahre, sofern sie vollkommen gesund und unfähig, gute Schulbildung (Vollschule) und einen in jeder Beziehung einwandfreien Keumund besitzen, in die Schiffungslaufbahn am Bord S. M. S. „König Wilhelm“ in Mürwik bei Flensburg eingestellt werden können. Mit der Einstellung übernimmt der Staat alle Kosten für Verpflegung, Bekleidung und Erziehung der Schiffjungen, so daß den Eltern, die ihre Söhne diese Laufbahn wählen lassen, keinerlei Ausgaben erwachsen. Ein Schiffjunge wird zwei Jahre nach dem Eintritt Rekruturzeit, nach etwa 3 1/2 Jahren Obermatrose, 5 bis 6 Jahren Matrosen, 8 bis 9 Jahren Matrosenkapitän und ist als solcher pensionsberechtigt. Wer nach 12jähriger aktiver Dienstzeit aus der Marine ausgeschieden, erhält den **Pflichterwartungschein**. Wer in die Schiffungslaufbahn eingestellt werden will, meldet sich persönlich beim nächsten Bezirkskommando.

* **Schadenfeuer.** Heute mittag kurz vor 1/2 Uhr erlitt nach längerer Zeit einmal wieder die Feuerloge. Es brannte in dem Gebälk des Herrn Otto Hirschfeld, Fischerstraße 19, ein nur zu ebener Erde ausgeführter Bau an einem Bau- und Lagerplatz. Das Dach ist abgebrannt, das Feuer wurde sehr bald gelöscht.

* **Ueberfahren.** Von einem Radler wurde gestern abend gegen 11 Uhr eine Frau überfahren; die Ueberfahrzene nahm keinen nennenswerten Schaden.

* **Fahrad gestohlen.** Gestern wurde hier ein Fahrrad, Marke „Subertus Nr. 8890“ von einem Unbekannten gestohlen.

* **Getreidepreise.** Nach dem Bericht der Halle'schen Landwirtschaftskammer wurden am 7. ds. Mts. pro 100 kg erzielt: Für Weizen im Saalkreis: 19,60—20 M., in Halle (Stadt) 19,50—20 M., für Roggen im Saalkreis 14,50—14,80 M., in Halle 14,50—15 M., für Gerste im Saalkreis —, in Halle 13—14 M., für Hafer im Saalkreis 15—16 M., in Halle 15,50—16,10 M.

Kandidiert Wassermann wieder zum Reichstag?

Die „Berlin. Polit. Nachr.“ schreiben: Nach der über die Gründe der Ablehnung einer Kandidatur für Saarbrücken abgegebenen Erklärung scheint Herr Wassermann nicht mehr für den Reichstag kandidieren zu wollen. Es mag sein, daß zu diesem Entschlusse die Schwierigkeit mitgewirkt hat, einen nur einigermaßen sicheren Wahlkreis zu finden, denn in seinem bisherigen Wahlkreis, wo Herr Wassermann in erster Linie von den Konservativen beider Richtungen auf den Schild gehoben worden war, ist eine Wiederwahl völlig ausgeschlossen. Es ist aber auch sehr wohl möglich, daß Herr Wassermann bei seinem Entschlusse sich des demnächstigen Ausspruchs erinnert hat, die Führung der nationalliberalen Partei gebühre nicht nach Süddeutschland, sondern nach Norddeutschland. Die Erfahrung der letzten Jahre hat die Wichtigkeit dieser Auffassung des Mitglieds der nationalliberalen Partei nur zu sehr bekräftigt. Unter dem ständigen Einflusse süddeutscher politischer Anschauungen hat sich der Zusammenschluß der nationalliberalen Partei mit denjenigen politischen Gruppen, mit denen sie die gemeinsame entscheidende Gegnerschaft der Sozialdemokratie, die gemeinsame sozialpolitische Anschauung und der gemeinsame Standpunkt auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik verbinden, immer mehr gelockert. Unter der Herrschaft süddeutscher politischer Anschauungen gehen die staatsbehaltenden Parteien demzufolge in den Wahlkampf gegen den gemeinsamen, von der radikalen Strömung in den großen Massen bedeutend gefährdeten Feind mit durch gegenseitige scharfe Verleumdung geschwächter Kraft. Schon heute rechnet man demzufolge mit einem Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate selbst über die Zahl der 1903 erzieltenen Siege hinaus, und zwar nicht bloß auf Kosten der weiter rechts stehenden Parteien, sondern, wie die Nachwahlen auf das Schlagenscheit zeigen, auch auf Kosten der nationalliberalen Partei. Es wäre daher nur ein Akt richtiger Selbsterkenntnis, wenn die Überzeugung sich Bahn gebroden hätte, daß die Rettung der nationalliberalen Partei zweckmäßig wieder in norddeutsche Hände zu legen ist.

Ein Schwenkung nach links?

Unter dieser Ueberschrift bringt der bisweilen gut unterrichtete Berliner Mitarbeiter des „Frankf. Gen.-Anz.“ nachstehenden Artikel:

„Berlin, 7. Juli. Von einer uns zuverlässig erscheinenden Seite erhalten wir die Mitteilung, daß Freiherr von Helldorff sich anknüpfend aus rein politischen Gründen aus seinem Amte gegebenen ist. Im Herbst sind Maßnahmen schwerwiegender Art geplant, aus denen sich möglicherweise ein vollständig veränderter Kurs entwickeln kann. Es steht, wie uns versichert wird, eine neue Auflage der Wahlrechtsreform bevor, die sich mehr nach der liberalen Richtung neigen wird. Wenn man in dem nächsten Zeitpunkt Vermutungen ausprechen darf, so ist vielleicht unangenehm, daß unter Beibehaltung der Steuer-Unterschiede, wenn auch in veränderter Form, das geheure und unmittelfähare Wahlrecht in Aussicht genommen ist, für das eine Mehrheit aus dem Zentrum, den Nationalliberalen und den Linksparteien zu erreichen wäre. Die politische Lage ist ähnlich wie bei der Kanalvorlage, bei der auch die Schwenkung der Regierung gegen die Konservativen durch deren unentwegte Haltung veranlaßt wurde. Jetzt wird damals liegt eine Zusage der Krone vor, auf deren Erfüllung auch genau wie damals von hoher Stelle Wert gelegt werden dürfte. Wahrscheinlich ist diese Frage im Staatsministerium zur Sprache gekommen, und Herr von Helldorff hat aus dieser Erwiderung die Überzeugung gewonnen, daß sein Verbleiben im Amte unter diesen veränderten Verhältnissen nicht möglich ist.“

Die nationalliberale Rundgebung.

Es ist leider schwierig zu bestimmen, daß bei der Wiblinger Sitzung auch nationalliberale Stimmen auf den Sozialdemokraten gefallen sind. Angesichts der unsicheren Haltung der „Jungen“ innerhalb der nationalliberalen Partei, ist es nun erfreulich, daß von

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

* **Berlin, 7. Juli.** (Hofnachrichten.) Die „Hofenpost“, mit Sr. Maj. dem Kaiser an Bord, liegt noch vor Odde. Der Kaiser machte heute einen Spaziergang.

* **Karlsruhe, 7. Juli.** Der Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg ist heute vormittag hier eingetroffen und vom Großherzog und der Großherzogin von Baden im Schloß empfangen worden. Abends fand zu Ehren des Reichsanwaltes Tafel statt. Die hiesige Studentenschaft veranlaßte abends anlässlich der silbernen Hochzeit des Großherzogl. Paares vor dem Schloße einen Fuldigungsfeiertag.

Eisenbahnverkehr in Frankreich.

* **Paris, 7. Juli.** Ein Beamter des Arbeitsministeriums erklärte einem Berichtserfasser, die Regierung sei darauf gefaßt, daß ein Teilweiser, ja ein gänzlicher Ausfluß der Eisenbahnen Ende nächster Woche oder zu Anfang August ausbrechen könne. Die Eisenbahngesellschaften hätten sich geweiht, mit dem Syndikat in Verhandlungen zu treten, da das Syndikat kaum im Vorteil des Personals umfasse und die Gesellschaften die Versicherung erhalten hätten, daß eine ungetreue Mehrheit der Angestellten dem Streikplane feindlich gegenüberstehe. Abgesehen von militärischen Maßnahmen habe die Regierung beschloffen, alle Unwohlmüdigkeitsversuche mit der äußersten Entschiedenheit zu verhindern und die Geleise und Signale von Truppen überwachen zu lassen. Für den Postdienst würden Automobile requiriert. Der Streik würde nicht länger als höchstens sechs bis sieben Tage dauern.

Lokales.

* **Merseburg, 8. Juli.**

* **Verjährung von Versicherungsrenten.** Die Arbeiterversicherungsgesetze enthalten zwar keine ausdrückliche Vorschrift über die Verjährung von rechtskräftig anerkannten Rentenbeträgen. Nach einer Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes ist es indessen unbedenklich, daß die allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Verjährung auch für die nach den Arbeiterversicherungsgesetzen festgestellten Rentenbeträge verjähren nach § 197 des Bürgerlichen Gesetzbuches in vier Jahren, und zwar nach § 218 Abs. 2 a. a. O. auch dann, wenn die Bezüge rechtskräftig festgestellt worden sind. Der Lauf der vierjährigen Frist des § 197 a. a. O. beginnt nach §§ 198, 200 a. a. O. mit dem Schluß des Jahres, in dem der Anspruch fällig geworden ist. Diese Grundzüge sind somit auch auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung anzuwenden.

Provinz und Umgegend.

* **Jena, 6. Juli.** Heute morgen wurde am Eisreden eine männliche Leiche aus der Saale gezogen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß dieselbe mit dem Brauereiarbeiter Karl Weite aus Stadtranda identisch ist. Weite sollte sich nach Jena begeben, um sich auf seine Geisteszustand untersuchen zu lassen. Ansehend hat der unglückliche Mann in den Fluten der Saale die Erlösung von seinem Leben gefunden.

* **Erstus, 6. Juli.** Vom Jagdloch begünstigt war dieser Tage ein Kandidat aus Götzen. Er schoß in der Gotsche Flur auf dem Hankand zwei Rebhühner auf einmal, einen Sechser und einen Gabeler. Das

